

kurz + aktuell

Rückgang der Industrieproduktion im Mai

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion nahm im Mai 2022 ab. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte fiel der Produktionsindex gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 4,5 Prozent.

Die drei industriellen Hauptgruppen entwickelten sich uneinheitlich: Der Output der Investitionsgüterproduzenten lag im Mai über dem Niveau des Vormonats (+2,6 Prozent). Einen kräftigen Rückgang der Güterausbringung mussten die Konsumgüterproduzenten hinnehmen (-16 Prozent). Die Produktion der Vorleistungsgüterhersteller sank ebenfalls (-3,1 Prozent).

Von den drei umsatzstärksten Industriebranchen konnten zwei den Güterausstoß im Mai steigern: Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie gehört und nach den Umsätzen die drittgrößte Branche ist, stieg die Produktion um 4,2 Prozent. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die ebenfalls zu den Investitionsgüterherstellern gehört und die zweitgrößte Industriebranche ist, nahm der Output um 1,7 Prozent zu. Die Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und die umsatzstärkste Branche ist, verzeichnete dagegen einen Rückgang der Güterausbringung um 6,1 Prozent gegenüber dem Vormonat.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

| Gütergruppe / Branche | Mai 2022 | | Jan bis Mai 2022 | |
|---|---|-----------|------------------|--|
| | Veränderung des Indexwertes ¹ zu | | | |
| | Apr 2022 | Mai 2021 | Jan bis Mai 2021 | |
| Entwicklung der Produktion | | | | |
| Industrie | -4,5 % ↓ | -3,2 % ↓ | 2,8 % ↑ | |
| Vorleistungsgüterproduzenten ² | -3,1 % ↓ | -7,5 % ↓ | -1,1 % ↘ | |
| Investitionsgüterproduzenten | 2,6 % ↑ | 3,3 % ↑ | -2,5 % ↓ | |
| Konsumgüterproduzenten | -15,8 % ↓ | -0,2 % ↘ | 21,2 % ↑ | |
| Herstellung von chemischen Erzeugnissen | -6,1 % ↓ | -9,7 % ↓ | -0,7 % ↘ | |
| Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen | 1,7 % ↗ | 8,9 % ↑ | -4,7 % ↓ | |
| Maschinenbau | 4,2 % ↑ | -1,7 % ↘ | -1,1 % ↘ | |
| Entwicklung der Auftragseingänge | | | | |
| Industrie | -4,2 % ↓ | -8,3 % ↓ | 2,6 % ↑ | |
| Inland | -6,3 % ↓ | -8,7 % ↓ | 10,7 % ↑ | |
| Ausland | -2,8 % ↓ | -8,1 % ↓ | -2,3 % ↓ | |
| Vorleistungsgüterproduzenten ² | 0,7 % ↗ | -5,0 % ↓ | -6,8 % ↓ | |
| Investitionsgüterproduzenten | -5,7 % ↓ | -25,4 % ↓ | -6,7 % ↓ | |
| Konsumgüterproduzenten | -11,9 % ↓ | 57,0 % ↑ | 90,5 % ↑ | |
| Herstellung von chemischen Erzeugnissen | 5,7 % ↑ | -5,2 % ↓ | -10,2 % ↓ | |
| Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen | -9,9 % ↓ | -33,4 % ↓ | -9,5 % ↓ | |
| Maschinenbau | -1,8 % ↘ | -15,7 % ↓ | -4,9 % ↓ | |

¹ Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – ² Einschließlich Energie.

Die Industrieproduktion lag in Rheinland-Pfalz im Mai um 3,2 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Ausschlaggebend für den Rückgang war die Drosselung des Outputs der Vorleistungsgüterpro-

duzenten (-7,5 Prozent). Der Güterausstoß der Investitionsgüterproduzenten erhöhte sich um 3,3 Prozent. In der Konsumgüterindustrie blieb die Güterausbringung gegenüber dem Vorjahresmonat nahezu unver-

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





ändert (–0,2 Prozent). Die beiden großen Branchen der Investitionsgüterindustrie entwickelten sich gegenläufig: Einem deutlichen Plus der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie stand ein Rückgang der Produktionsleistung des Maschinenbaus gegenüber (+8,9 bzw. –1,7 Prozent). Der Output der Chemieindustrie sank gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich (–9,7 Prozent).

Auftragseingänge in der Industrie sinken im Mai

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten war im Mai 2022 rückläufig. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 4,2 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland gingen weniger Bestellungen ein als im April (–6,3 bzw. –2,8 Prozent).

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen sank die Nachfrage. Die Konsumgüterhersteller, deren Ordervolumen in den vergangenen Monaten besonders stark schwankte, mussten Einbußen von zwölf Prozent hinnehmen. Die Hersteller von Investitionsgütern nahmen 5,7 Prozent weniger Bestellungen entgegen als im Vormonat. In der Vorleistungsgüterindustrie stiegen die bereinigten Auftragseingänge hingegen leicht um 0,7 Prozent.

Zum Zuwachs in der Vorleistungsgüterindustrie trug ein Nachfrageanstieg in der Chemieindustrie bei. Die Chemiebranche verbuchte einen

Anstieg des Ordervolumens um 5,7 Prozent. Die beiden größten Teilbereiche der Investitionsgüterindustrie verzeichneten dagegen ein Minus. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie gingen im Mai 9,9 Prozent weniger Bestellungen ein als im Monat zuvor. Im Maschinenbau nahm die Nachfrage um 1,8 Prozent ab.

Die bereinigten Auftragseingänge lagen im Mai 2022 um 8,3 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Dabei schwächelten Inlands- und Auslandsgeschäft gleichermaßen (–8,7 bzw. –8,1 Prozent). Die Nachfrage nach Investitionsgütern war deutlich geringer als im Mai 2021. In der Vorleistungsgüterindustrie sank das Ordervolumen ebenfalls. Die Konsumgüterindustrie verbuchte dagegen eine kräftige Steigerung der Bestellungen. Die drei größten Industriebranchen mussten allesamt Einbußen hinnehmen: In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie war der Rückgang am stärksten (–33 Prozent). Im Maschinenbau nahmen die Auftragseingänge um 16 Prozent ab und die Chemieindustrie verzeichnete ein Minus von 5,2 Prozent.

Industrieumsätze im Mai unter Einfluss von Preissteigerungen

Die Umsätze in den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben legten im Mai 2022 deutlich zu; ein wesentlicher Teil der nominalen Zuwächse ist auf die spürbaren Preisanstiege zurückzuführen. Die Umsätze lagen rund 28 Prozent über denen des Vorjahresmonats (Deutschland: +25 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten

stieg um ein Prozent (Deutschland: +0,7 Prozent).

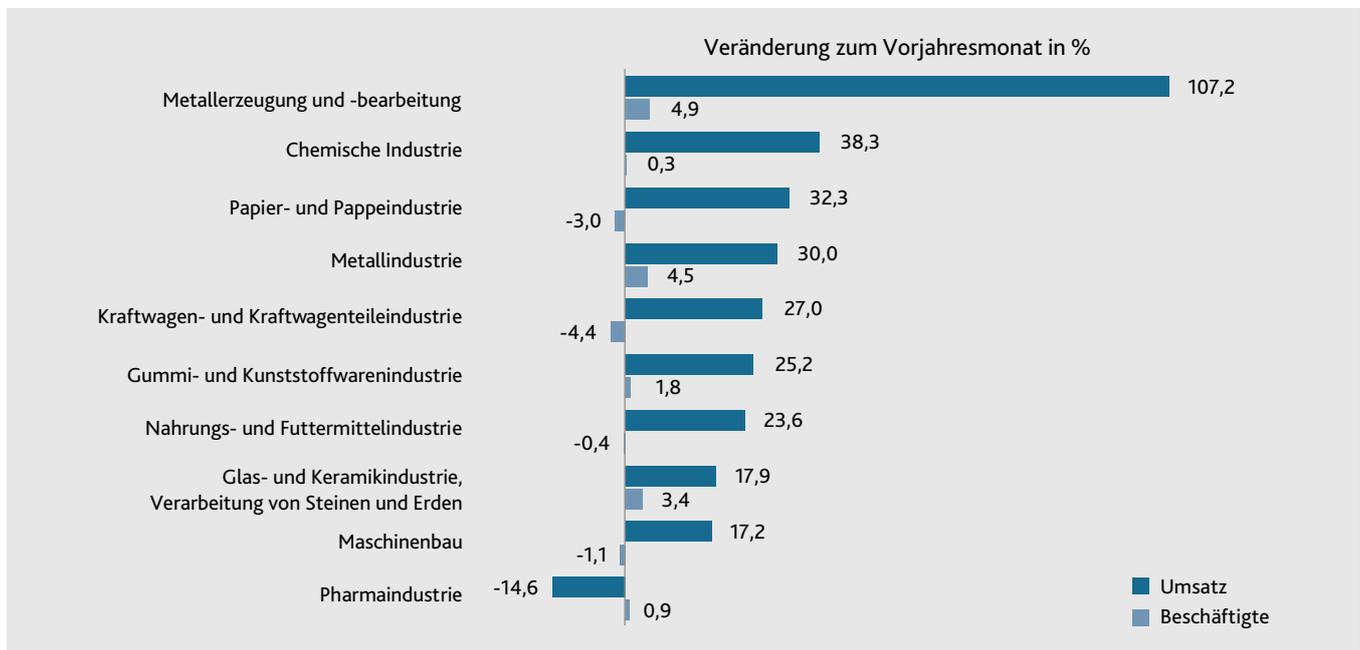
Im Mai 2022 setzten die Industriebetriebe Waren im Wert von 10,3 Milliarden Euro um. Mit einem Plus von 33 Prozent stiegen die Umsätze aus dem Ausland deutlicher an als die aus dem Inland (+22 Prozent). Zum Vergleich: In Deutschland nahmen die Erlöse aus dem Ausland um 24 Prozent und die aus dem Inland um 26 Prozent zu. Die Exportquote stieg um 2,2 Prozentpunkte auf 57,2 Prozent.

Neun der zehn umsatzstärksten Wirtschaftszweige steigerten ihre Erlöse. Die Umsätze in der Metallherzeugung und Metallbearbeitung verdoppelten sich gegenüber dem Vorjahresmonat (+107 Prozent). Mit deutlichem Abstand folgten die Umsatzzuwächse in der Chemischen Industrie, in der Papier- und Papperherstellung sowie bei der Herstellung von Metallerzeugnissen (+38, +32 bzw. +30 Prozent). Den letzten Platz im Ranking der Umsatzgewinner belegte der Maschinenbau (+17 Prozent). Die Pharmaindustrie setzte 15 Prozent weniger um.

Im Mai 2022 erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um 2 400 auf rund 257 900 (+1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat). Die höchsten Zuwächse gab es in der Metallbranche: Die Metallerzeuger und -bearbeiter erhöhten den Mitarbeiterstamm um 4,9 Prozent und die Hersteller von Metallerzeugnissen um 4,5 Prozent. Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen gab es den höchsten Personalabbau (–4,4 Pro-



Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Mai 2022 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



zent). Weitere Beschäftigungsverluste verbuchten die Papier- und Pappehersteller sowie der Maschinenbau (-3 bzw. -1,1 Prozent).

In den ersten fünf Monaten 2022 erwirtschaftete die rheinland-pfälzische Industrie gegenüber dem Vorjahreszeitraum 27 Prozent mehr Umsatz. Auslands- und Inlandsumsätze nahmen jeweils deutlich zu (+26 bzw. +29 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten stieg um 0,9 Prozent.

Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe steigen im Mai

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verbuchte im Mai 2022 einen kräftigen Anstieg der Auftragseingänge. Das Ordervolumen lag kalender- und saisonbereinigt um 45 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Die baugewerblichen

Umsätze legten um 2,9 Prozent zu. Zugleich waren die Auftragseingänge 52 Prozent und die Umsätze 7,9 Prozent höher als im Mai 2021.

Der Anstieg des Ordervolumens erstreckte sich über alle Teilbereiche des Bauhauptgewerbes. Im Hochbau erhöhten sich die Bestellungen im Mai um 20 Prozent. Dazu trug insbesondere ein kräftiger Zuwachs im gewerblichen Hochbau bei (+41 Prozent), der mit der Vergabe von Großaufträgen zusammenhängt. Aber auch im Wohnungsbau und im öffentlichen Hochbau lagen die Auftragseingänge um zehn bzw. acht Prozent über dem Niveau des Vormonats. Im Tiefbau wuchs das Ordervolumen um 69 Prozent, was auf eine kräftige Nachfragesteigerung im Straßenbau zurückzuführen ist. In diesem Bereich war das Ordervolumen infolge von Großaufträgen mehr als doppelt

so groß wie im April (+131 Prozent). Der gewerbliche Tiefbau verbuchte ein Plus von 23 Prozent. Im sonstigen öffentlichen Tiefbau blieben die Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert (+0,3 Prozent).

Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat waren deutliche Nachfragesteigerungen zu verzeichnen. Im Tiefbau fiel das Ordervolumen um 83 Prozent höher aus als im Mai 2021. Im Hochbau gingen 22 Prozent mehr Bestellungen ein als ein Jahr zuvor. Es ist allerdings davon auszugehen, dass dabei neben der Vergabe von Großaufträgen auch Preissteigerungen bei Vorprodukten eine Rolle spielen, die die Unternehmen über Preiserhöhungen an die Abnehmer weitergaben.

Die baugewerblichen Umsätze waren ebenfalls in der Mehrzahl der Teil-



Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

| Indikator | Mai 2022 | | Jan bis Mai 2022 | |
|--------------------------------|--|-----------|------------------|--|
| | Veränderung des Wertes ¹ zu | | | |
| | Apr 2022 | Mai 2021 | Jan bis Mai 2021 | |
| Auftragseingang | 45,4 % ↑ | 52,4 % ↑ | 14,3 % ↑ | |
| Hochbau insgesamt | 19,9 % ↑ | 21,6 % ↑ | 5,4 % ↑ | |
| Wohnungsbau | 10,1 % ↑ | 34,5 % ↑ | 2,9 % ↑ | |
| gewerblicher Hochbau | 41,0 % ↑ | -9,3 % ↓ | -2,4 % ↓ | |
| öffentlicher Hochbau | 8,0 % ↑ | 114,3 % ↑ | 36,7 % ↑ | |
| Tiefbau insgesamt | 68,9 % ↑ | 82,9 % ↑ | 23,2 % ↑ | |
| gewerblicher Tiefbau | 23,3 % ↑ | 32,3 % ↑ | 10,2 % ↑ | |
| Straßenbau | 131,2 % ↑ | 166,4 % ↑ | 47,8 % ↑ | |
| sonstiger öffentlicher Tiefbau | 0,3 % ↗ | -0,9 % ↘ | -2,3 % ↓ | |
| Baugewerblicher Umsatz | 2,9 % ↑ | 7,9 % ↑ | 7,0 % ↑ | |
| Hochbau insgesamt | 2,8 % ↑ | 2,9 % ↑ | 3,0 % ↑ | |
| Wohnungsbau | 0,2 % ↗ | 28,6 % ↑ | 28,2 % ↑ | |
| gewerblicher Hochbau | 15,0 % ↑ | -13,3 % ↓ | -16,4 % ↓ | |
| öffentlicher Hochbau | -17,0 % ↓ | -5,4 % ↓ | 10,1 % ↑ | |
| Tiefbau insgesamt | 3,0 % ↑ | 13,3 % ↑ | 11,2 % ↑ | |
| gewerblicher Tiefbau | -2,5 % ↓ | 4,2 % ↑ | 6,3 % ↑ | |
| Straßenbau | 4,3 % ↑ | 20,7 % ↑ | 13,0 % ↑ | |
| sonstiger öffentlicher Tiefbau | 5,8 % ↑ | 10,1 % ↑ | 12,7 % ↑ | |

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

bereiche höher als im Vormonat. Der Hochbau steigerte seine Erlöse im Mai um 2,8 Prozent. Der Grund dafür war ein Plus von 15 Prozent im gewerblichen Hochbau. Der öffentliche Hochbau musste hingegen Einbußen hinnehmen (-17 Prozent). Im Wohnungsbau blieben die Umsätze gegenüber dem Vormonat fast unverändert (+0,2 Prozent). Im Tiefbau stiegen die Umsätze um drei Prozent, wozu der sonstige öffentliche Tiefbau (+5,8 Prozent) und der Straßenbau (+4,3 Prozent) beitrugen. Die Umsätze im gewerblichen Tiefbau schrumpften hingegen um 2,5 Prozent. Auch gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichneten Hoch- und Tiefbau Zuwächse: Im Hochbau lagen die baugewerblichen Umsätze

um 2,9 Prozent über dem Niveau von Mai 2021; im Tiefbau legten die Erlöse um 13 Prozent zu.

Bruttoinlandsprodukt sinkt 2020 in fast allen Kreisen

Die Corona-Pandemie hat 2020 tiefe Spuren in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft hinterlassen. Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen sank in fast allen rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirken. Der Wert aller produzierten Waren und Dienstleistungen schrumpfte in den kreisfreien Städten mit 3,3 Prozent stärker als in den Landkreisen (-2 Prozent).

Die Pandemie und die Schutzmaßnahmen zu ihrer Eindämmung führ-

ten zu dem zweitgrößten Rückgang der Wirtschaftsleistung in der Nachkriegsgeschichte. Nur im Jahr 2009 – dem Höhepunkt der Finanz- und Weltwirtschaftskrise – sank das Bruttoinlandsprodukt stärker.

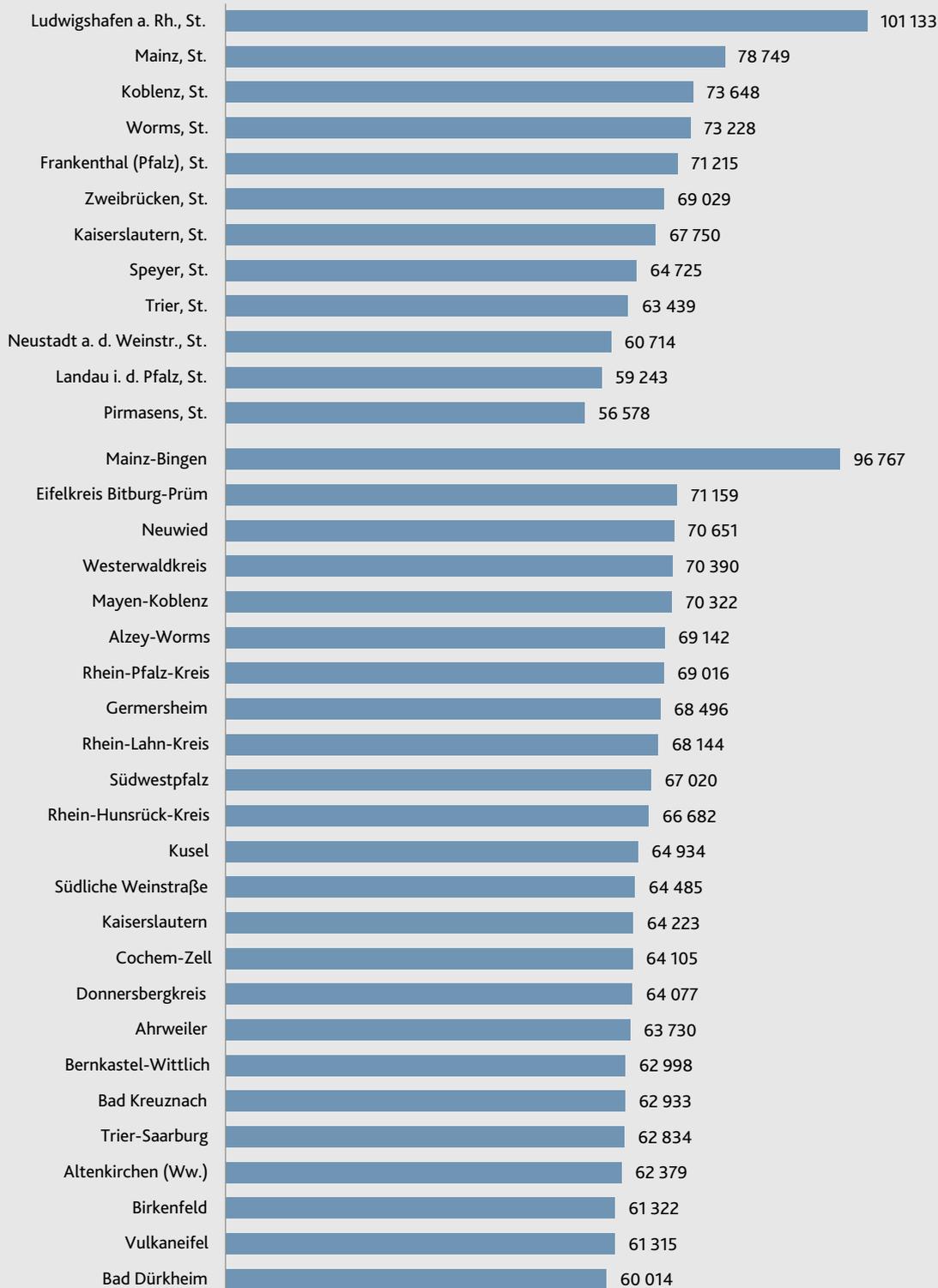
Die stärksten Rückgänge der Wirtschaftsleistung verzeichneten der Donnersbergkreis mit -12 Prozent und die kreisfreie Stadt Speyer mit -8,4 Prozent. Lediglich im Rhein-Lahn-Kreis (+0,8 Prozent), in Mainz (+0,6 Prozent) und im Westerwaldkreis (+0,5 Prozent) stieg das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen leicht.

Die Summe der in Rheinland-Pfalz produzierten Waren und Dienstleistungen belief sich 2020 auf nominal 143,3 Milliarden Euro. Davon wurden rund 60 Prozent in den Landkreisen und etwa 40 Prozent in den kreisfreien Städten erstellt. Die drei größten Städte des Landes – Ludwigshafen, Mainz und Koblenz – erwirtschafteten nahezu ein Viertel der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsleistung. Auf die vier wirtschaftsstärksten Landkreise – Mainz-Bingen, Westerwaldkreis, Mayen-Koblenz und Neuwied – entfiel annähernd ein Fünftel des Landeswertes.

Das Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person – auch als Arbeitsproduktivität bezeichnet – sank 2020 gegenüber dem Vorjahr im Landesdurchschnitt um 1,4 Prozent auf 70 897 Euro. In den kreisfreien Städten lag der Pro-Kopf-Wert mit 75 308 Euro deutlich über dem Wert in den Landkreisen (68 241 Euro). Der Durchschnitt der Städte wird aller-

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2020 nach Verwaltungsbezirken

EUR je Erwerbstätige/-n





dings maßgeblich von Ludwigshafen beeinflusst; dort war die Wirtschaftsleistung je erwerbstätige Person mit 101 133 Euro wesentlich höher als im Landesdurchschnitt. Im Vergleich der Landkreise wies Mainz-Bingen mit 96 767 Euro das höchste Bruttoinlandsprodukt je Kopf auf. Die niedrigste Arbeitsproduktivität wurde unter den kreisfreien Städten in Pirmasens mit 56 578 Euro und unter den Landkreisen in Bad Dürkheim mit 60 014 Euro registriert.

In den meisten Verwaltungsbezirken erbringen die Dienstleistungsbereiche den größten Teil der Wertschöpfung: Durchschnittlich wurden in den Landkreisen 64 Prozent und in den kreisfreien Städten 69 Prozent der Bruttowertschöpfung im tertiären Sektor erwirtschaftet. In den Städten Koblenz, Mainz, Neustadt und Landau lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche sogar über 80 Prozent. In der kreisfreien Stadt Ludwigshafen dominierte dagegen das Produzierende Gewerbe die Wirtschaftsstruktur mit einem Anteil von rund 62 Prozent. Im Landesdurchschnitt lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche bei rund 66 Prozent; der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der gesamten Wertschöpfung betrug durchschnittlich knapp ein Drittel.

Die langfristige Betrachtung zeigt, dass sich das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in den Landkreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich entwickelt hat. Zwischen 2000 und 2020 fiel der Zuwachs in den Landkreisen mit +62 Prozent

deutlich höher aus als in den kreisfreien Städten mit +42 Prozent. Am stärksten legte die nominale Wirtschaftsleistung in den Landkreisen Mainz-Bingen (+107 Prozent) und Germersheim (+75 Prozent) zu. Den höchsten Anstieg im Vergleich der zwölf kreisfreien Städte gab es in Worms (+72 Prozent). Im Landkreis Kusel und in der kreisfreien Stadt Pirmasens nahm das Bruttoinlandsprodukt dagegen nur um 23 bzw. 24 Prozent zu. Zu beachten ist, dass die nominalen Veränderungsraten auch durch Preisniveauperänderungen beeinflusst werden.

Außenhandel im Mai mit deutlichen Zuwächsen – weniger Exporte nach China

Die rheinland-pfälzischen Ein- und Ausfuhren legten im Mai 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat mit einem Plus von mehr als einem Viertel deutlich zu. Nach vorläufigen Angaben erreichten die Exporte mit 5,4 Milliarden Euro erneut einen hohen Stand (+27 Prozent). Der Warenwert der Importe betrug 4,5 Milliarden Euro und lag um 26 Prozent höher. Deutschlandweit stiegen die Exporte um 22 Prozent und die Importe um 35 Prozent.

In die EU-Staaten flossen mit einem Anteil von 58 Prozent deutlich mehr als die Hälfte aller Exporte (+27 Prozent). Besonders dynamisch stiegen die Ausfuhren in die Länder der Eurozone (+31 Prozent), vor allem nach Frankreich (+29 Prozent), nach Italien (+33 Prozent) und in die Niederlande (+38 Prozent). In die Nicht-Eurozone

wurden 15 Prozent mehr Waren ausgeführt. Der rückläufige Handel mit Russland (–56 Prozent) dämpfte die Zuwächse in das übrige Europa (+9,3 Prozent).

Gegenüber dem Vorjahresmonat verbuchte Amerika einen Anstieg der Exporte um knapp 58 Prozent; in die USA wurden 66 Prozent mehr Waren ausgeführt. Deutlich weniger stark stieg der Export in Richtung Asien (+13 Prozent); ein Grund lag in den rückläufigen Geschäften mit China (–3,3 Prozent).

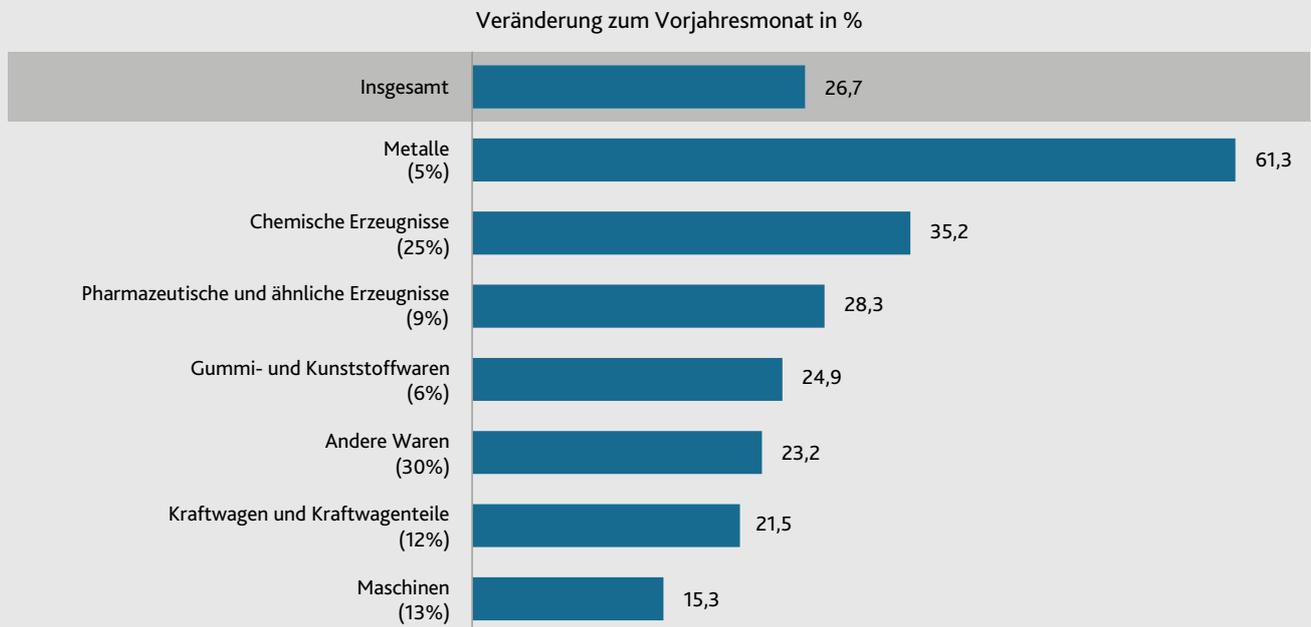
Ausnahmslos alle Güterabteilungen verbuchten steigende Exporte. In der umsatzstarken Chemischen Industrie lag das Plus gegenüber Mai 2021 bei 35 Prozent. Es wurden 28 Prozent mehr pharmazeutische Erzeugnisse und 22 Prozent mehr Kraftwagen und Kraftwagenteile ausgeführt. Den höchsten Exportzuwachs gab es bei den Metallen (+61 Prozent).

Das Importvolumen nahm im Mai 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat um 26 Prozent auf 4,5 Milliarden Euro zu. Besonders dynamisch entwickelten sich die Einfuhren aus der EU (+30 Prozent). Aus der Eurozone kamen 34 Prozent und aus der Nicht-Eurozone rund 20 Prozent mehr Waren. Die ausbleibenden Importe aus Russland schwächten den Anstieg aus dem übrigen Europa ab (+4,4 Prozent).

Die Einfuhren aus Amerika stiegen um 33 Prozent (USA: +33 Prozent). Vom asiatischen Kontinent kamen zehn Prozent mehr Waren (China: +22 Prozent).



Ausfuhren im Mai 2022¹ nach Güterabteilungen



() Anteil an den Ausfuhren insgesamt
 1 Vorläufiges Ergebnis.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine schlagen sich in den Außenhandelszahlen nieder. Im Außenhandel mit Russland zeigen die Maßnahmen, die als Reaktion auf die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine ergriffen wurden, ihre Wirkung: Die Exporte nach Russland nahmen im Vorjahresvergleich um 56 Prozent auf 32 Millionen Euro ab; das Importvolumen reduzierte sich um 43 Prozent auf 18,5 Millionen Euro. In die Ukraine wurden im Mai 2022 Waren im Wert von 10,1 Millionen Euro exportiert (-29 Prozent). Die Importe sanken um 14 Prozent auf 3,2 Millionen Euro.

In den ersten fünf Monaten des Jahres stiegen die Werte der aus- und eingeführten Waren gegen-

über dem Vorjahreszeitraum um 16 bzw. 19 Prozent. Das Plus bei den Ausfuhren in die Länder der EU lag bei 17 Prozent, das der Importe bei 19 Prozent.

Durchschnittlich mehr als sechs Kilogramm Wassermelone pro Person

Der Sommer ist da und die Temperaturen steigen merklich – für viele Menschen bietet die Wassermelone eine gute Möglichkeit, sich zu erfrischen. Der Import des süßen Sommerobstes nach Rheinland-Pfalz lag 2021 bei etwa 26 500 Tonnen – ein neuer Spitzenwert (+7 Prozent gegenüber 2020). Auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner entfielen durchschnittlich also 6,4 Kilogramm Wassermelonen.

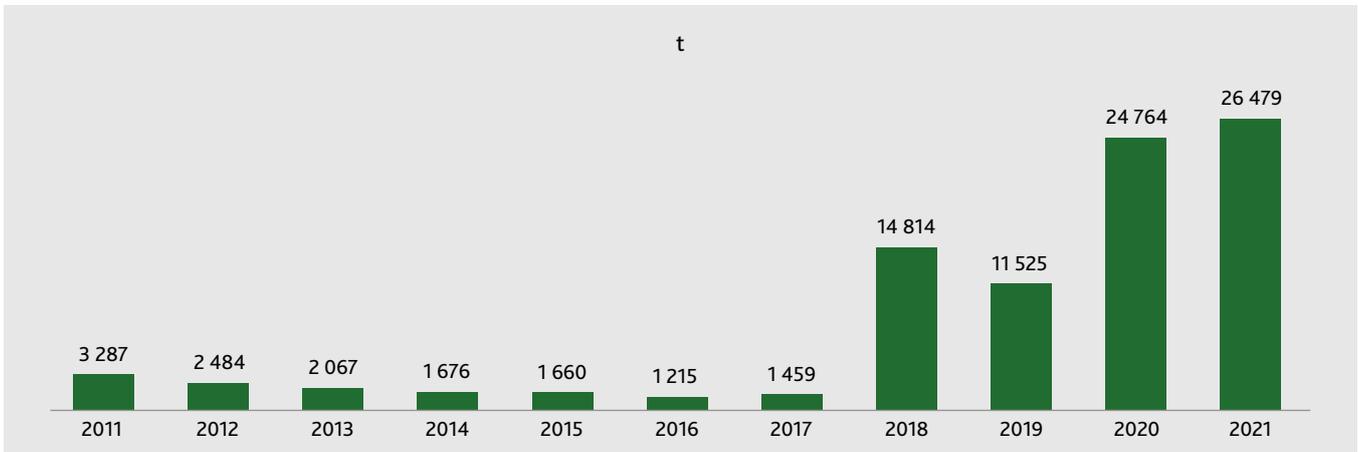
Im Zehnjahresvergleich zeigt sich die wachsende Beliebtheit der Wassermelone: Während die Einfuhr 2011 bei 3 300 Tonnen lag, stieg sie bis 2021 um mehr als 700 Prozent auf 26 500 Tonnen. Der Wert der importierten Melonen betrug 2021 ca. 8,4 Millionen Euro.

Die meisten Wassermelonen wurden von Juni bis August importiert; in den Sommermonaten 2021 kamen 20 500 Tonnen bzw. 77 Prozent der Jahresmenge ins Land.

Rund 13 800 Tonnen bzw. 52 Prozent der nach Rheinland-Pfalz gelieferten Wassermelonen stammten 2021 aus Italien. Aus Spanien wurden 9 500 Tonnen bzw. 36 Prozent und aus Griechenland 2 700 Tonnen bzw. zehn Prozent eingeführt.



Import von Wassermelonen 2011–2021



Arbeitskosten 2020 niedriger als im Bundesdurchschnitt

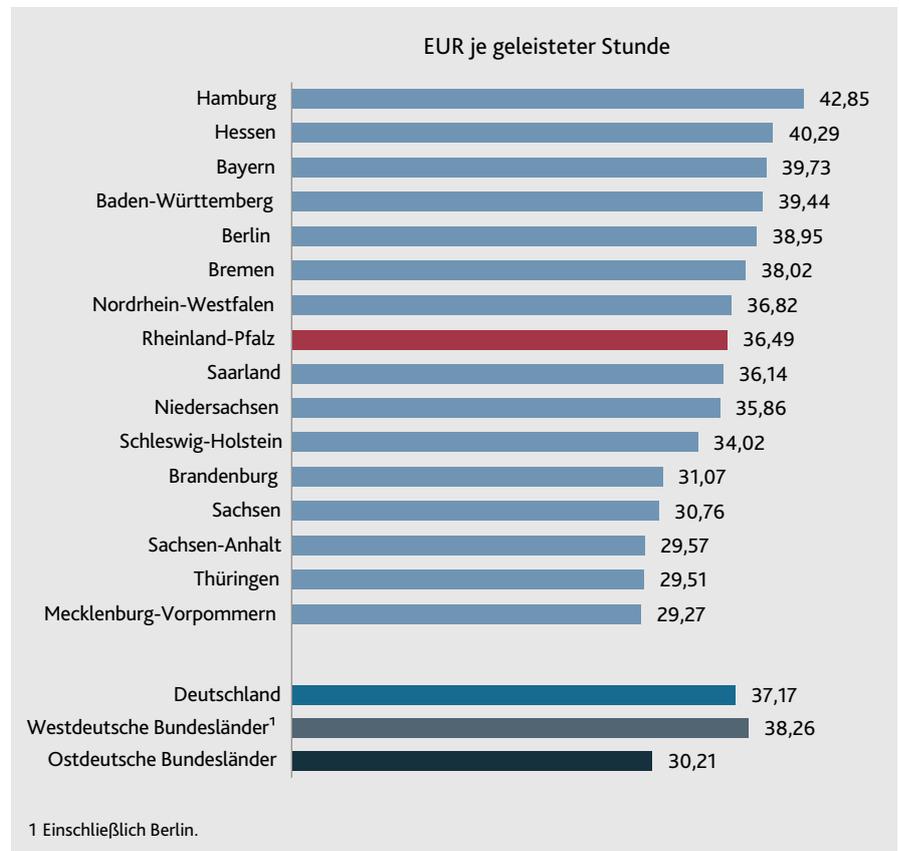
Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz mussten im Jahr 2020 durchschnittlich 36,49 Euro für eine geleistete Arbeitsstunde zahlen. Damit lagen die Arbeitskosten im Land unter dem Bundesdurchschnitt von 37,17 Euro.

Im Vergleich der einzelnen Bundesländer liegt Rheinland-Pfalz mit Blick auf die Arbeitskosten im Mittelfeld: Sieben Bundesländer wiesen höhere und acht Länder niedrigere Arbeitskosten als Rheinland-Pfalz auf. Am höchsten waren die Kosten mit 42,85 Euro je geleistete Arbeitsstunde in Hamburg und am geringsten in Mecklenburg-Vorpommern mit 29,27 Euro. Insgesamt zeigt sich in den Daten noch immer ein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle: Während Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in den westdeutschen Bundesländern einschließlich Berlin 38,26 Euro pro Arbeitsstunde zahlten, lagen die Kosten je Stunde in den ostdeutschen Bundesländern bei 30,21 Euro.

Im Vergleich zur Erhebung im Jahr 2016 stiegen die Arbeitskosten in Rheinland-Pfalz 2020 um zehn Prozent. Damit fiel der Anstieg niedriger aus als im Bun-

desdurchschnitt (+12 Prozent). In den Bundesländern Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland wurden geringere Zuwächse verzeichnet.

Nettoarbeitskosten 2020 nach Bundesländern



Die Arbeitskosten je Stunde variieren zwischen den Wirtschaftsbereichen beträchtlich. Im Produzierenden Gewerbe beliefen sie sich im Jahr 2020 auf 40,98 Euro. Im Dienstleistungsbereich kostete eine Arbeitsstunde mit 34,51 Euro deutlich weniger. Unter den einzelnen Branchen wies das Gastgewerbe mit 20,44 Euro die niedrigsten Arbeitskosten auf. Mehr als doppelt so hoch waren sie im Bereich „Energieversorgung“ (49,57 Euro).

Die Arbeitskosten setzen sich aus den Bruttoverdiensten und den Lohnnebenkosten zusammen. Zu den Bruttoverdiensten zählen unter anderem das Entgelt für geleistete Arbeitszeit, Sonderzahlungen und vermögenswirksame Leistungen. Nicht

dazu zählt die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Die Lohnnebenkosten beinhalten die von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern gezahlten Sozialbeiträge (einschließlich der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall), die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung, die sonstigen Aufwendungen und die Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl, die zu Lasten der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers anfallen.

Umsatz und Beschäftigte im Kfz-Handel im April deutlich unter Vorjahresniveau

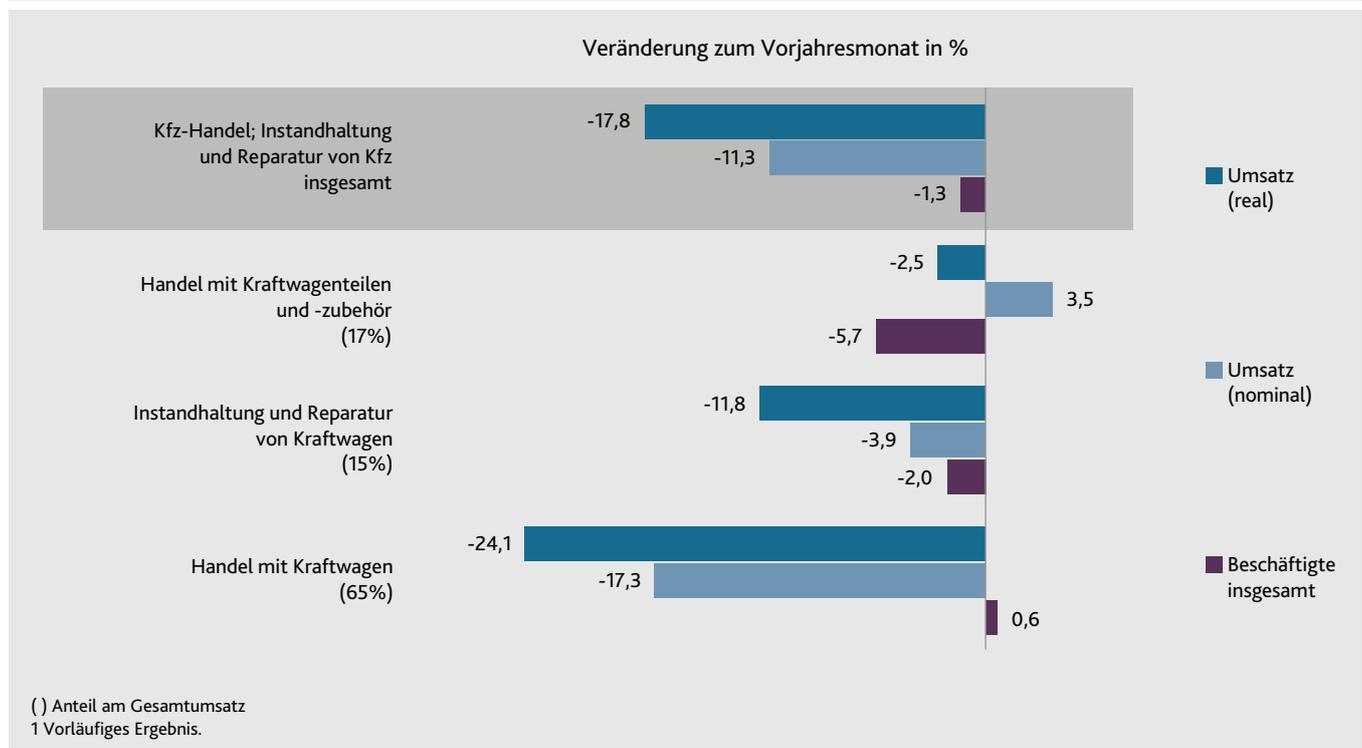
Preissteigerungen und anhaltende Produktionsverzögerungen in der Neuwagenherstellung schlugen sich im April 2022 negativ in den

Umsätzen des rheinland-pfälzischen Kfz-Handels (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz) nieder. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also ohne Einbeziehung der inflationären Entwicklungen, um 18 Prozent unter denen von April 2021 (Deutschland: -11 Prozent).

Nominal bzw. einschließlich Preisänderungen sanken die Erlöse um elf Prozent (Deutschland: -4,2 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten lag um 1,3 Prozent niedriger als im April 2021 (Deutschland: 0,0 Prozent).

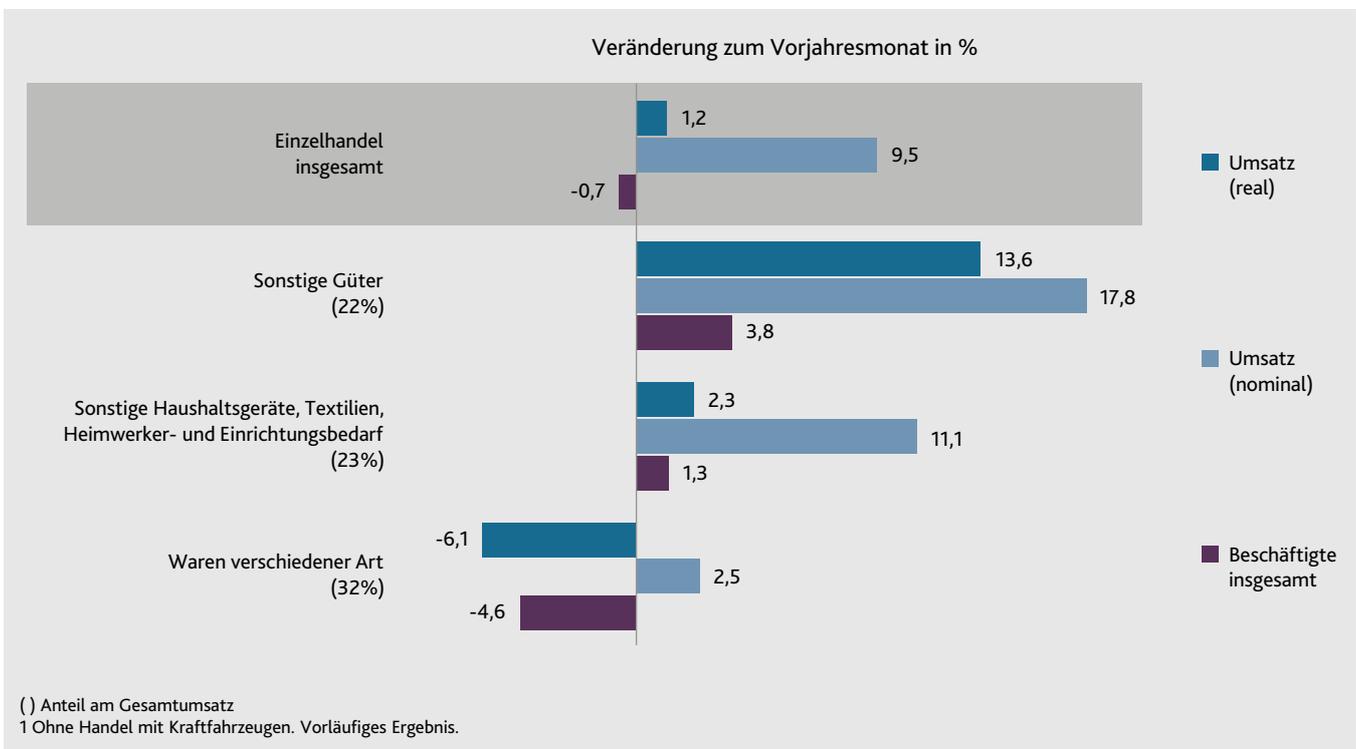
Aufgrund der stark gestiegenen Preise erwirtschafteten alle Wirtschaftszweige im Kfz-Handel weniger reale Umsätze. Im umsatzstarken Handel

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels¹ im April 2022





Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels¹ im Mai 2022



mit Kraftwagen gingen die Umsätze real um knapp ein Viertel zurück (real: -24 Prozent; nominal: -17 Prozent). Rund zwölf Prozent weniger waren es bei der Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen (nominal: -3,9 Prozent). Im Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör lag der Umsatz um 2,5 Prozent niedriger (nominal: -3,5 Prozent).

In den ersten vier Monaten des Jahres sanken die realen Umsätze im rheinland-pfälzischen Kfz-Handel gegenüber dem Vergleichszeitraum 2021 um 3,4 Prozent (nominal +3,5 Prozent). Das ist vor allem auf die stark gestiegenen Preise und die Umsatzrückgänge im April 2022 zurückzuführen. Die Beschäftigung sank um 1,5 Prozent.

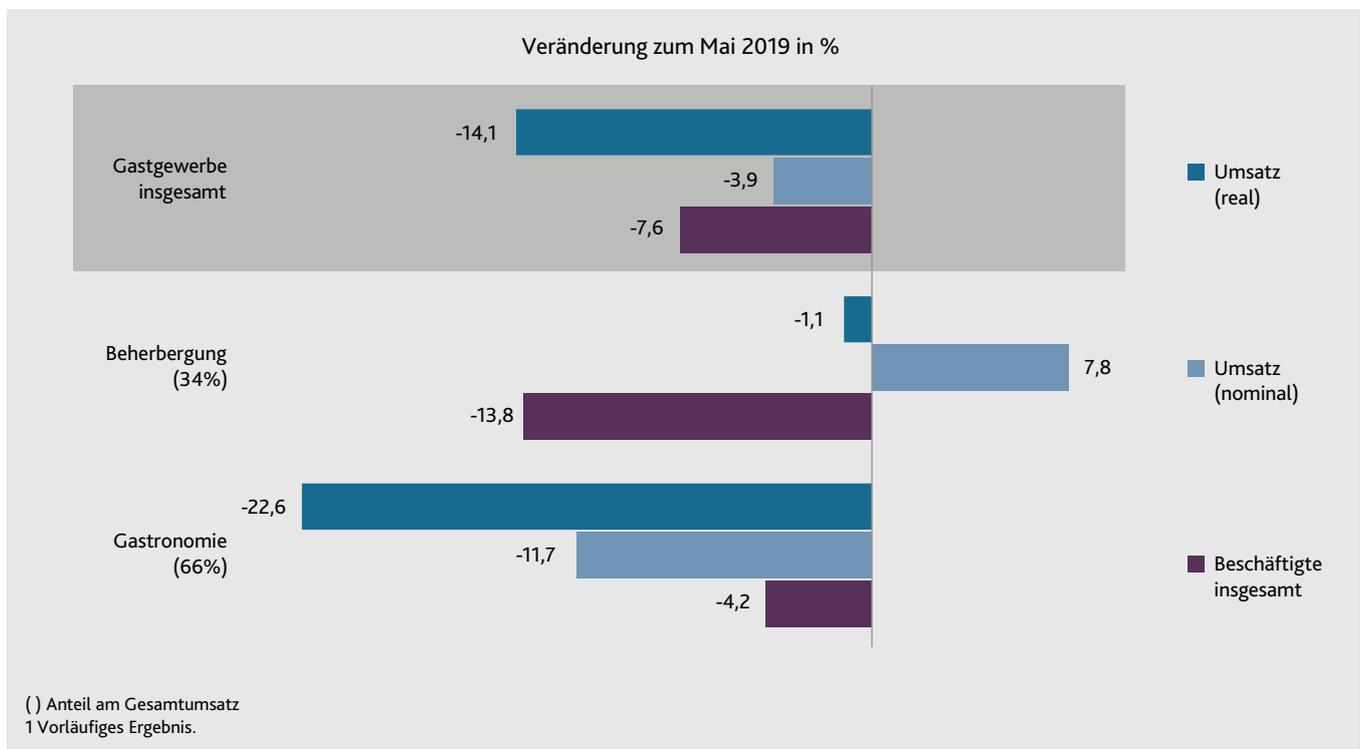
Inflation schmälert im Mai reale Umsatzgewinne im Einzelhandel

Trotz hoher Preissteigerungen erzielte der rheinland-pfälzische Einzelhandel im Mai 2022 reale Umsatzgewinne. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 1,2 Prozent über denen des Vorjahresmonats (Deutschland: +1,1 Prozent). Nominal bzw. gemessen in jeweiligen Preisen stiegen die Umsätze um 9,5 Prozent (Deutschland: +9 Prozent).

Gegenüber dem Niveau vor Beginn der Corona-Pandemie im Mai 2019 erzielte der Einzelhandel 3,5 Prozent mehr reale Umsätze. Nominal betrug das Plus aufgrund der aktuellen Preissteigerungen 15 Prozent.

Der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln erwirtschaftete im Vergleich zum Vorjahresmonat ein Umsatzplus: Real wurden 7,2 und nominal 16 Prozent mehr Einnahmen generiert. Dagegen sanken im Handel mit Lebensmitteln die realen Umsätze um 6,6 Prozent. Nominal stiegen sie um zwei Prozent.

Vor allem dem umsatzstarken Handel mit Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen mit dem Schwerpunkt im Lebensmittelhandel setzten die inflationären Entwicklungen zu; der reale Umsatz sank um 6,1 Prozent. Dagegen erzielte der ebenfalls umsatzstarke Handel mit sonstigen Gütern, zu denen z. B. Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, 14 Prozent mehr Erlöse. Das Plus bei

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe¹ im Mai 2022

den Händlern von sonstigen Geräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf lag bei 2,3 Prozent.

Im Vergleich zum Mai 2021 lag die Beschäftigtenzahl im Einzelhandel mit 0,7 Prozent im Minus (Deutschland: +0,5 Prozent). Gegenüber dem Vor-Corona-Niveau im Mai 2019 waren es dagegen 1,1 Prozent mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Besonders deutlich fiel der Personalabbau im Vergleich zum Vorjahresmonat im Handel mit Waren verschiedener Art aus (-4,6 Prozent). Der Handel mit sonstigen Gütern sowie mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren erhöhte die Zahl der Beschäftigten (+3,8 bzw. +3,9 Prozent).

Reale Umsätze im Gastgewerbe im Mai unter Inflationseinflüssen

Die Entwicklung der realen Umsätze im Gastgewerbe litt auch im Mai 2022 unter dem stark gestiegenen Preisniveau. Nach vorläufigen Berechnungen unterschritten die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, das Vor-Corona-Niveau im Mai 2019 um 14 Prozent (Deutschland: -14 Prozent).

Nominal bzw. bewertet in jeweiligen Preisen betrug das Minus 3,9 Prozent (Deutschland: -3,9 Prozent). Die sonst üblichen Vergleiche mit dem Vorjahresmonat sind aufgrund des Lockdowns im Mai 2021 nicht sinnvoll.

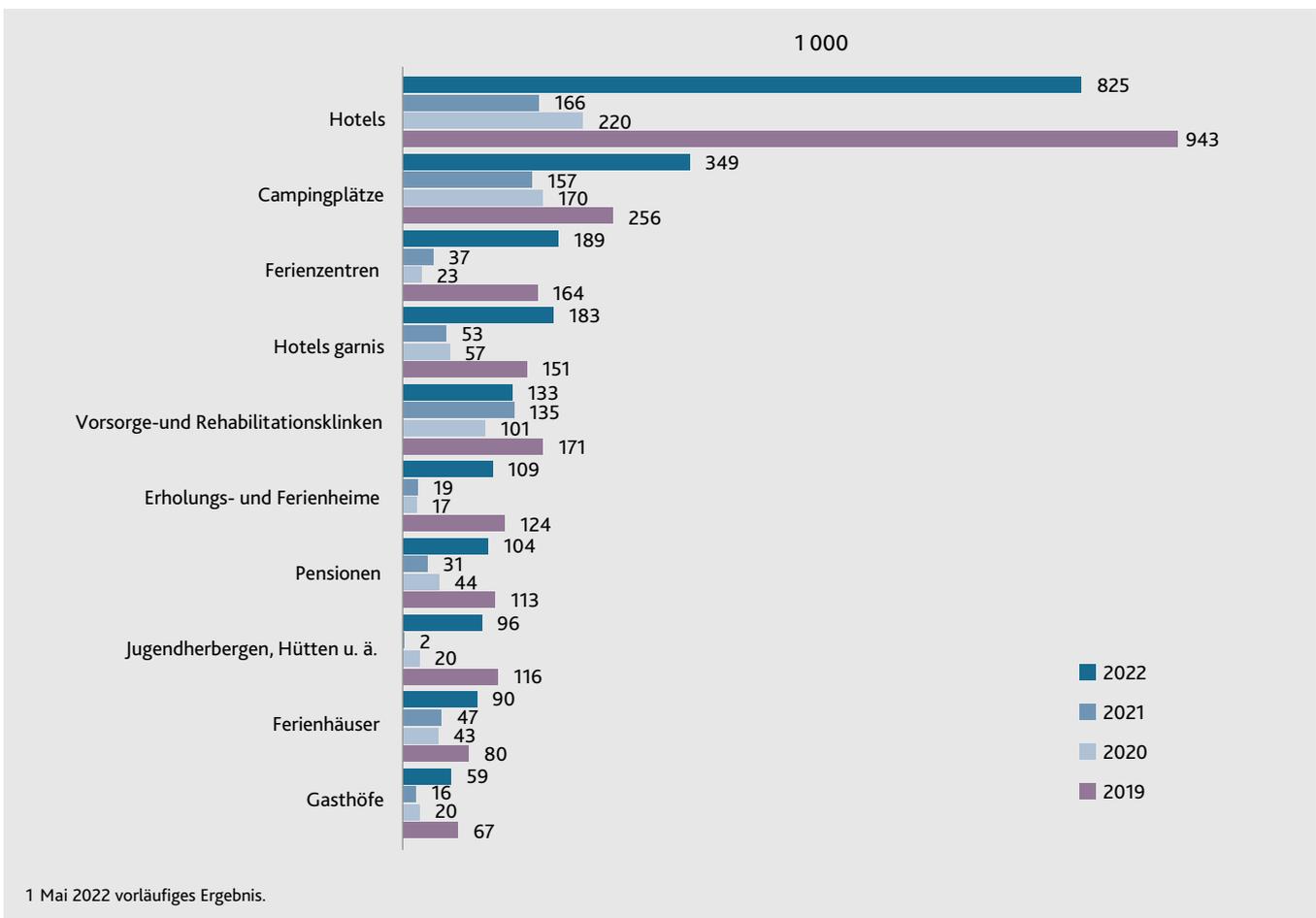
Im Vergleich zum Vor-Corona-Niveau im Mai 2019 lagen die realen Umsätze der Beherbergungsbetriebe nur noch

um 1,1 Prozent niedriger. Ohne Berücksichtigung der Preiseinflüsse, also nominal, erzielte das Beherbergungsgewerbe sogar 7,8 Prozent mehr Umsätze. Die Betreiber der Gastronomiebetriebe, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, erwirtschafteten dagegen 23 Prozent weniger Erlöse im Vergleich zu Mai 2019 (nominal: -12 Prozent). In den Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben lagen die realen Umsätze um 24 Prozent unter dem Vor-Corona-Niveau; bei den Caterern und Erbringern von sonstigen Verpflegungsleistungen waren es 21 Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten unterschritt das Vor-Corona-Niveau im Mai 2019 um 7,6 Prozent (Deutschland: -13 Prozent).



Übernachtungen im Mai 2019–2022¹ nach Betriebsarten



Tourismus im Mai weiterhin im Aufwind

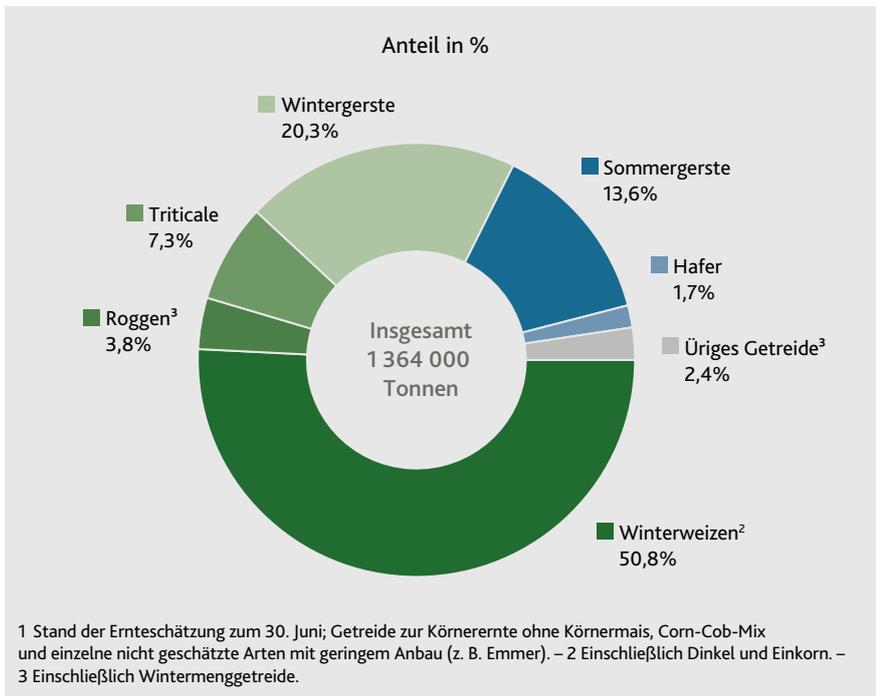
Die Annäherung der Gäste- und Übernachtungszahlen an das Vor-Corona-Niveau schritt auch im Mai 2022 voran. Rund 842 800 Gäste besuchten Rheinland-Pfalz; diese buchten knapp 2,1 Millionen Übernachtungen. Gegenüber dem Vergleichsmonat Mai 2019 waren das 8,7 Prozent weniger Gäste und 2,1 Prozent weniger Übernachtungen. Ein Vergleich mit Mai 2021 ist aufgrund des damals geltenden Beherbergungsverbot für Privatreisende nicht aussagekräftig.

Im laufenden Jahr 2022 nahmen die monatlichen Veränderungsraten gegenüber den jeweiligen Vergleichsmonaten 2019 kontinuierlich ab. Im April 2022 lagen die Gäste- und Übernachtungszahlen gegenüber April 2019 noch um zwölf bzw. 9,4 Prozent niedriger.

Die Gäste- und Übernachtungszahlen lagen von Januar bis Mai in allen Tourismusregionen unter dem Vorkrisenniveau im Vergleichszeitraum 2019. Die hohen Rückgänge in der Ahrregion sind auch auf die Folgen der Flutkatastrophe im Juli 2021

zurückzuführen (Gäste: –73 Prozent und Übernachtungen: –70 Prozent). Deutlich niedriger fielen die Abnahmen in den übrigen Regionen aus. Die größten Einbußen verzeichneten die Regionen Westerwald-Lahn (Gäste: –26 und Übernachtungen: –20 Prozent), Pfalz (Gäste: –24 und Übernachtungen: –16 Prozent) sowie Rheinhessen (Gäste: –23 und Übernachtungen: –11 Prozent). Die tourismusstarke Region Mosel-Saar kam dem Vorkrisenniveau 2019 am nächsten: Die Gäste reduzierten sich um 7,4 Prozent und die Übernachtungen um 4,4 Prozent.

Voraussichtliche Getreideernte 2022 nach ausgewählten Getreidearten¹



Gegenüber dem Vorkrisenzeitraum 2019 verzeichneten die während der Corona-Pandemie verstärkt gebuchten Ferienhäuser und Ferienwohnungen sowie die Campingplätze ein Übernachtungsplus von 18 bzw. 21 Prozent. Auch in den Hotels garnis übernachteten mehr Gäste (+7,7 Prozent). Deutliche Einbußen verzeichneten die Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime sowie die Jugendherbergen und Hütten (–34 bzw. –30 Prozent). Die übrigen Rückgänge bewegten sich in der Bandbreite von 14 Prozent bei den Pensionen und 24 Prozent bei den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken.

Der Großteil der Gäste kam in den ersten fünf Monaten 2022 mit einem Anteil von 84 Prozent aus dem Inland. Die zwei Millionen Gäste aus

Deutschland überschritten den Wert des Vergleichszeitraum 2019 um 17 Prozent; deren Übernachtungen lagen mit 5,3 Millionen um elf Prozent niedriger. Die Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland sowie deren Übernachtungen lagen um 35 bzw. 27 Prozent unter denen von Januar bis Mai 2019.

Unterdurchschnittliche Getreideernte

Nach einer ersten Erntebilanz werden die rheinland-pfälzischen Landwirtinnen und Landwirte im laufenden Jahr voraussichtlich rund 1,4 Millionen Tonnen Getreide ernten; das entspricht einer Abnahme von fünf Prozent gegenüber dem Durchschnittsniveau der Jahre 2016 bis 2021. Gegenüber der Vorjahresmenge bedeutet dies eine leichte

Abnahme von 1,4 Prozent. Der durchschnittliche Hektarertrag entspricht mit 6,6 Tonnen dem langjährigen Mittel.

Getreide zur Körnergewinnung wird auf insgesamt 215 800 Hektar angebaut – ein Flächenanstieg von 1,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Winterweizen ist in Rheinland-Pfalz mit 96 800 Hektar die am häufigsten angebaute Getreideart. Der voraussichtliche Hektarertrag von 7,2 Tonnen entspricht dem sechsjährigen Durchschnitt 2016 bis 2021. Die erwartete Erntemenge liegt bei 693 100 Tonnen (–4,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Damit entfällt etwa 51 Prozent der Getreideernte auf Winterweizen.

Wintergerste bleibt mit einer Anbaufläche von 39 700 Hektar etwa auf dem Niveau des Vorjahres (+0,6 Prozent). Folglich ist Wintergerste auch 2022 die zweitwichtigste Fruchtart auf dem Ackerland. Der durchschnittliche Ertrag von Wintergerste beträgt sieben Tonnen je Hektar und liegt damit auf dem Vorjahresniveau von 7,1 Tonnen je Hektar. Die für Wintergerste geschätzte Erntemenge beläuft sich auf 277 600 Tonnen. Das bedeutet eine leichte Abnahme von 1,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, entspricht jedoch der durchschnittlichen Erntemenge der Jahre 2016 bis 2021. Der Anbauumfang der Sommergerste, die vor allem für die Malzherstellung angebaut wird, stieg im Vergleich zum Vorjahr um 17 Prozent auf 34 600 Hektar. Der geschätzte Hektarertrag entspricht mit 5,4 Tonnen dem langjährigen Mittel.



Umfang der bewilligten Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2011–2021



Nach dem Rückgang der Anbaufläche für Winterraps im Jahr 2021 stieg der Flächenanteil im Jahr 2022 mit 3 500 Hektar wieder um knapp zwölf Prozent (+4 000 Hektar). Das sich abzeichnende Ertragsniveau von knapp 3,7 Tonnen Winterraps liegt um gut 16 Prozent über dem Ertrag aus 2021 und 5,7 Prozent über dem Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2021. Insgesamt resultiert daraus eine zu erwartende Rapserntemenge von 145 600 Tonnen.

Die Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung, die 2022 auf 8 900 Hektar angebaut werden, verzeichneten im Vorjahresvergleich einen Zuwachs von 8,2 Prozent bzw. 670 Hektar. Beim Dauergrünland blieb der Flächenanteil stabil (-0,3 Prozent).

In Rheinland-Pfalz wird auf rund 380 500 Hektar Ackerbau betrieben. Mit rund 54 Prozent stellt das Acker-

land den größten Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche dar. Dauerkulturen, zu denen z. B. Rebflächen und Obstanlagen gehören, beanspruchen zehn Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Bei den übrigen knapp 36 Prozent handelt es sich um Dauergrünland.

Mehr Fortzubildende nehmen Aufstiegs-BAFöG in Anspruch

In Rheinland-Pfalz erhielten 2021 rund 9 900 Fortzubildende eine Förderung im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG), auch Aufstiegs-BAFöG genannt. Das waren rund 700 Personen bzw. acht Prozent mehr als im Vorjahr.

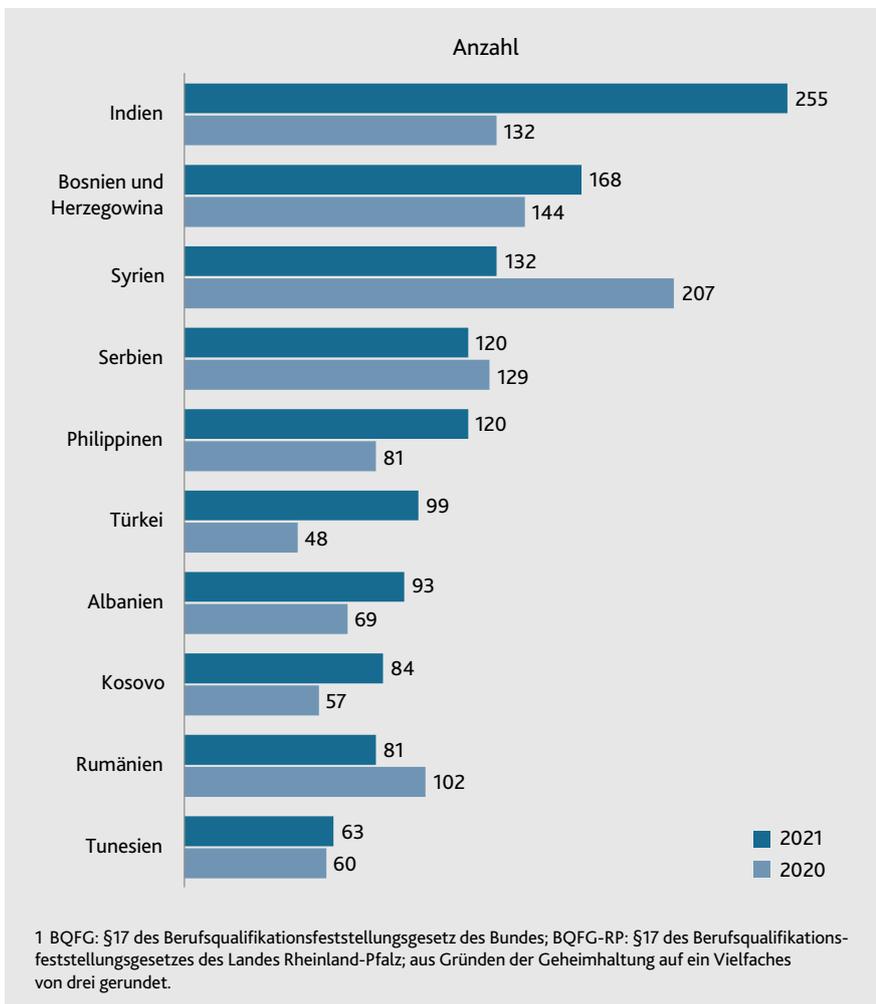
Der Anstieg ist unter anderem auf die Erhöhung der Zuschüsse, Freibeträge, Darlehensersüsse und Unterhaltsförderungen im Rahmen des 3. und 4. Gesetzes zur Änderung des AFBG in den Jahren 2016 und 2020 zurück-

zuführen. Zwischen 2016 und 2021 stieg die Zahl der geförderten Fortzubildenden um 37 Prozent, die der Geförderten in Vollzeitmaßnahmen sogar um 82 Prozent.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr knapp 53 Millionen Euro zur Förderung von Fortbildungsaktivitäten im Rahmen des Aufstiegs-BAFöG bewilligt, davon etwa 43 Millionen als Zuschüsse. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die bewilligten Fördermittel um 8,5 Millionen Euro (+19 Prozent), verglichen mit 2016 sogar um 27 Millionen Euro (+101 Prozent). Durchschnittlich erhielten die Geförderten 5 443 Euro.

Die von Bund und Ländern finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderung ist ein Förderangebot für Bürgerinnen und Bürger, die eine auf einen ersten beruflichen Abschluss aufbauende Fortbildung absolvieren. Unabhängig

Anträge nach BQFG-Bund und BQFG-RP 2020 und 2021 nach den zehn häufigsten Ausbildungsstaaten der Antragssteller/-innen¹



vom Einkommen werden die Gebühren für den Lehrgang und die Prüfung sowie für das Meisterprüfungsprojekt gefördert. Die Förderung setzt sich aus Darlehen und staatlich finanziertem Zuschuss zusammen. Abhängig vom Einkommen kann zudem der Lebensunterhalt mit Aufschlägen für Verheiratete und Kinder sowie für die Kinderbetreuung von Alleinerziehenden bezuschusst werden.

Die meisten Geförderten 2021 waren männlich (59 Prozent), mit deutscher Staatsangehörigkeit (96 Prozent),

unter 25 Jahre alt (47 Prozent) und in einer Fortbildungsmaßnahme in einem Umfang von mehr als 21 Monaten (67 Prozent). Am häufigsten wurden angehende staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher gefördert (rund 2 900). Die Förderfähigkeit dieser Ausbildung ist darauf zurückzuführen, dass die landesrechtliche Zugangsregelung der Erzieherausbildung einen ersten Ausbildungsabschluss oder berufsbezogene Erfahrungen voraussetzt.

Indische Fachkräfte unterstützen die Gesundheits- und Krankenpflege

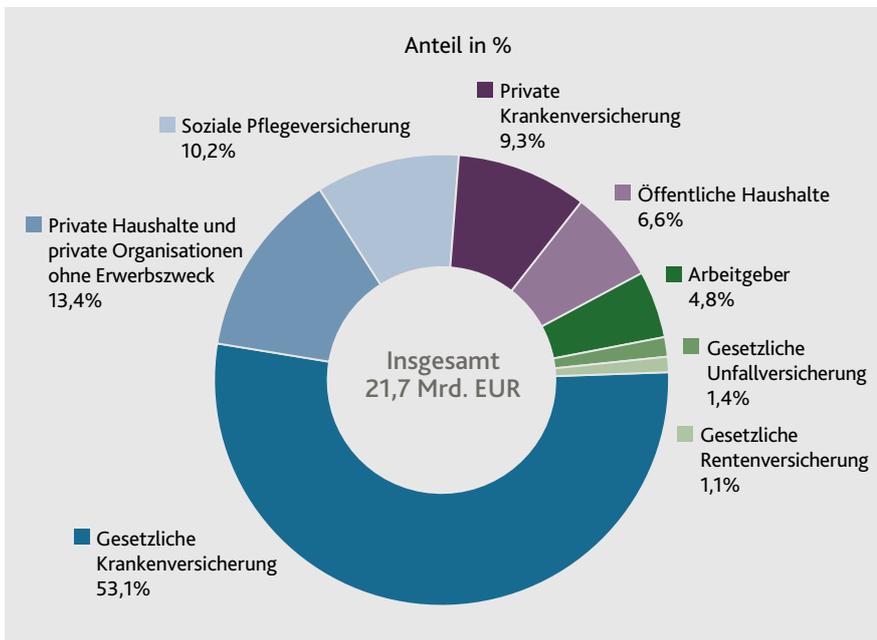
Im Jahr 2021 bearbeiteten die Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BQFG) rund 2 200 Anträge auf die Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation; am häufigsten wurden Anträge für eine in Indien erworbene Qualifikation in der Gesundheits- und Krankenpflege eingereicht (rund 220). Das waren etwa 100 Anträge bzw. 78 Prozent mehr als im Vorjahr.

Das Feststellungsverfahren bietet seit nunmehr zehn Jahren die Möglichkeit, die Berufsabschlüsse qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland bzw. Rheinland-Pfalz anzuerkennen. Davon profitierte insbesondere die Gesundheitsversorgung: Im Jahr 2021 wurden knapp 900 Ausbildungsabschlüsse zur Gesundheits- und Krankenpflege, rund 200 Approbationen zur Ausübung des Arztberufs und etwa 60 Approbationen im Apothekerberuf in den Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz bearbeitet. Aufgrund der sowohl lokal als auch von der Bundesagentur für Arbeit initiierten Maßnahmen zur Gewinnung von Pflegefachkräften aus Indien stieg insbesondere die Zahl der Anerkennungsanträge zur Ausübung des Gesundheits- und Krankenpflegeberufs gegenüber dem Vorjahr deutlich (+27 Prozent).

Mit dem 2020 in Kraft getretenen Fachkräfteeinwanderungsgesetz wurde der Rahmen für die Einwanderung von



Gesundheitsausgaben 2020 nach Ausgabenträgern



qualifizierten Fachkräften aus Ländern außerhalb der EU nach Deutschland erweitert. Damit einher ging ein Anstieg der Zahl der Anerkennungsverfahren von in Nicht-EU-Staaten erworbenen Berufsabschlüssen (2019–2021: +27 Prozent). Unterschiede zwischen in Deutschland und in Drittstaaten erworbenen Berufsqualifikationen bedingten jedoch häufig Nachqualifikationen bzw. Ausgleichsmaßnahmen: Gegenüber 2019 stieg die Zahl der abgeschlossenen Verfahren, die eine Ausgleichsmaßnahme auferlegt bekamen, um 172 Prozent.

Gesundheitsausgaben steigen 2020 deutlich

Im Jahr 2020 stiegen die Gesundheitsausgaben deutlich. Die Ausgaben für Waren und Dienstleistungen rund um die Gesundheit beliefen

sich im ersten Jahr der Corona-Pandemie auf 21,7 Milliarden Euro, was eine Zunahme um 5,8 Prozent gegenüber 2019 bedeutet (Deutschland: +6,5 Prozent).

Durch den Ausbruch der Corona-Pandemie fiel die Ausgabensteigerung 2020 besonders hoch aus. Von 2010 bis 2020 stiegen die Gesundheitsausgaben durchschnittlich um vier Prozent pro Jahr (Deutschland: +4,2 Prozent).

Die Gesundheitsausgaben der verschiedenen Ausgabenträger entwickelten sich sehr unterschiedlich. Die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung führten zu einem kräftigen Anstieg der Ausgaben der öffentlichen Haushalte um 77 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch die Gesundheitsausgaben der sozialen Pflegeversicherung, die in den Vor-

jahren bereits stark gestiegen waren, erhöhten sich deutlich (+12 Prozent). Dagegen gaben die gesetzliche Rentenversicherung und die gesetzliche Unfallversicherung weniger für Waren und Dienstleistungen rund um die Gesundheit aus als 2019 (–5,5 bzw. –2 Prozent).

Die Gesundheitsausgaben pro Kopf sind in Rheinland-Pfalz etwa genauso hoch wie im Bundesdurchschnitt. Die Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner beliefen sich 2020 auf 5 297 Euro (Deutschland: 5 298 Euro).

Mehr als die Hälfte der Gesundheitsausgaben trägt die gesetzliche Krankenversicherung – in Rheinland-Pfalz waren es 2020 rund 53 Prozent. Auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner entfielen im Schnitt 2 815 Euro. Damit lagen der Ausgabenanteil sowie die Pro-Kopf-Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung unter dem Bundesdurchschnitt (55 Prozent; 2 904 Euro).

Den zweitgrößten Beitrag zu den Gesundheitsausgaben leisten die Privathaushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die in Rheinland-Pfalz 2020 für 13 Prozent der Ausgaben aufkamen (Deutschland: ebenfalls 13 Prozent). Zu den Gesundheitsausgaben, die von den privaten Haushalten gezahlt werden, gehören z. B. Zuzahlungen zu Leistungen der Krankenversicherungen sowie Direktkäufe von gesundheitsbezogenen Waren und Dienstleistungen. Die rheinland-pfälzischen Privathaushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck gaben 2020 pro

Kopf 711 Euro für die Gesundheit aus; bundesweit waren es 687 Euro.

An dritter Stelle folgt die soziale Pflegeversicherung. Ihr Ausgabenanteil war in Rheinland-Pfalz mit zehn Prozent etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt, der sich 2020 auf elf Prozent belief. Je Einwohnerin und Einwohner tätigte die soziale Pflegeversicherung im Schnitt Ausgaben in Höhe von 543 Euro (Deutschland: 567 Euro).

Umsatzrückgang der Umweltbranche 2020

Die rheinland-pfälzische Umweltbranche erzielte 2020 einen Jahresumsatz von rund 5,2 Milliarden Euro; dies entspricht einer Abnahme von fast 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Klimaschutzmaßnahmen brachten mit rund 53 Prozent des gesamten Umsatzes – wie Jahr zuvor – den größten Teil des Umweltumsatzes ein.

Von den insgesamt 2,8 Milliarden Euro Umsatz mit Waren und Dienstleistungen für den Klimaschutz entfielen 2,2 Milliarden Euro auf Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz (z. B. durch Wärmedämmung). Hinzu kamen insbesondere Waren und Dienstleistungen im Bereich der Nutzung von Wind- und Solarenergie.

Im Bereich der Luftreinhaltung wurden 0,7 Milliarden Euro erzielt; dies entspricht einer prozentualen Abnahme von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auf Maßnahmen für die Abwasserwirtschaft entfielen 0,8 Milliarden Euro (+10 Prozent) bzw. 15 Prozent des Gesamtumsatzes in der Umwelt-

branche. Weitere Angebote, mit denen die Umweltbranche nennenswerte Umsätze erzielt, gehören zu den Bereichen Abfallwirtschaft und Lärmbekämpfung (z. B. Maßnahmen zur Verminderung der Abwassermenge, Aufbereitung von Abfällen oder Geräte zur Schalldämmung).

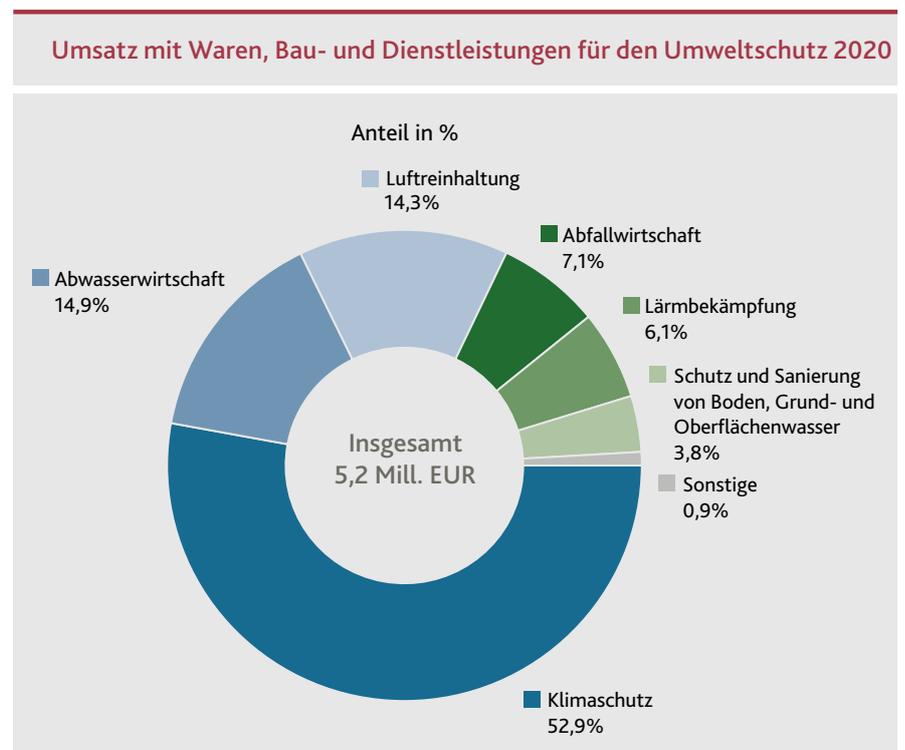
Es ist zu beachten, dass umweltschutzbezogene wirtschaftliche Aktivitäten üblicherweise sektorübergreifend stattfinden und sich nicht genau abgrenzen lassen. Bei der Umweltbranche handelt es sich um einen sogenannten Querschnittssektor, der in der üblichen Unterteilung der Wirtschaftszweige nicht enthalten ist. Der sektorübergreifend erwirtschaftete Umsatz 2020 war mit 5,2 Milliarden Euro vergleichbar mit dem des mittelgroßen rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweigs der Herstellung von

Gummi- und Kunststoffwaren (Jahresumsatz 2020: 5,3 Milliarden Euro). Die Arbeitsleistung der in der Umweltbranche tätigen Personen entsprach 2020 rund 20900 Vollzeitäquivalenten.

Güterumschlag in der Binnenschifffahrt im ersten Quartal unter Vorjahresniveau

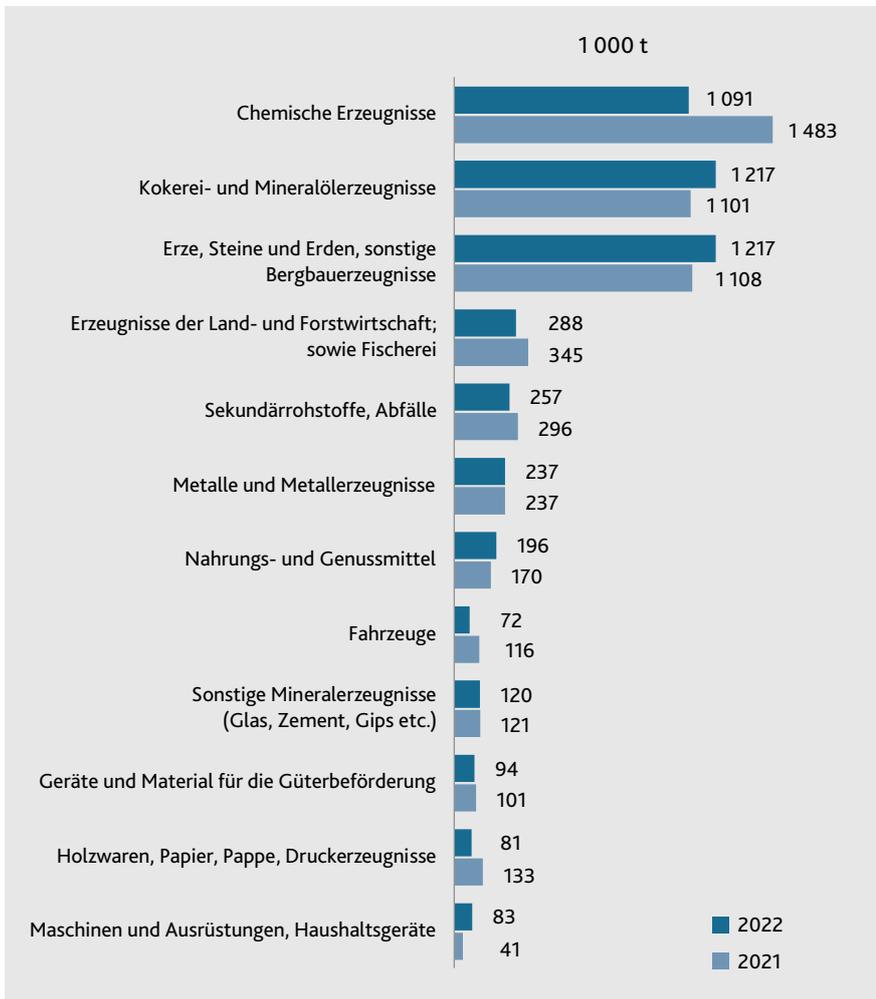
Von Januar bis März 2022 wurde in den rheinland-pfälzischen Häfen weniger Fracht umgeschlagen als im Vergleichszeitraum 2021. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten im ersten Quartal einen Güterumschlag von 5,5 Millionen Tonnen. Dies waren 315 000 Tonnen bzw. 5,5 Prozent weniger als von Januar bis März 2021.

Der Güterempfang sank mit 0,9 Prozent nur leicht auf 3,1 Millionen Tonnen; der Versand ging deutlich um elf Prozent auf 2,4 Millionen Tonnen zurück.





Güterumschlag von Januar bis März 2021 und 2022 nach Güterabteilungen



Die höchste Umschlagmenge entfiel mit jeweils 1,2 Millionen Tonnen auf die Abteilungen „Kokerei- und Mineralölzeugnisse“ (+10,5 Prozent) sowie „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ (+9,8 Prozent). Es folgten die Chemische Erzeugnisse mit 1,1 Millionen Tonnen (-26 Prozent).

In Ludwigshafen, dem weiterhin größten Binnenhafen des Landes, wurden von Januar bis März 1,63 Millionen Tonnen umgeschlagen; das waren 20 Prozent weniger Güter als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Es folgte der

zweitgrößte Hafen in Rheinland-Pfalz in der Landeshauptstadt Mainz mit 0,85 Millionen Tonnen (-0,9 Prozent).

Zahl der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden steigt im Mai überproportional

Die Zahl der Straßenverkehrsunfälle stieg im Mai 2022 weiter an. Es wurden 12 340 Unfälle gezählt; das waren 2 058 bzw. 20 Prozent mehr als im Mai 2021. In 1 476 Fällen kam es zu Personenschäden – gut 50 Prozent mehr als im Vorjahresmonat.

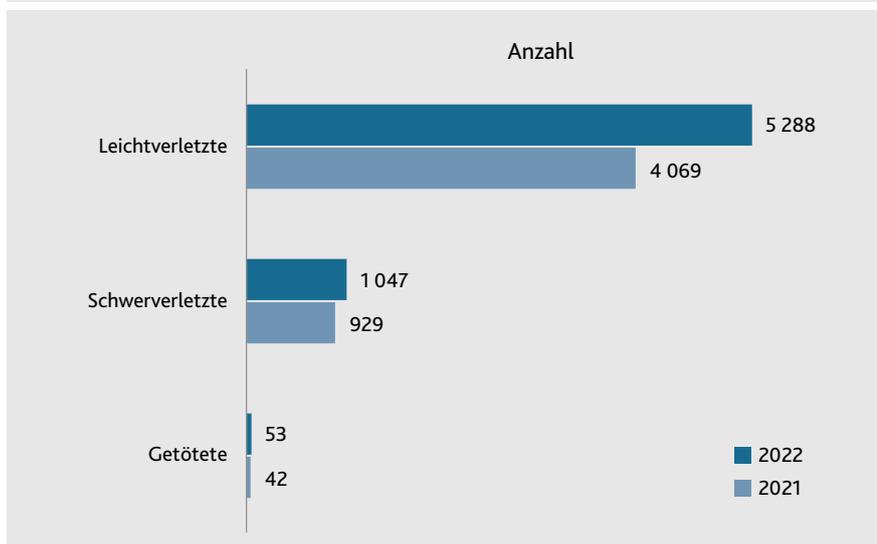
Die Polizei registrierte von Januar bis Mai dieses Jahres 53 199 Verkehrsunfälle, davon 5 021 Unfälle mit Personenschaden und 48 178 Unfälle mit nur Sachschaden. Die Zahl der Unfälle lag in den ersten fünf Monaten des Jahres um 7 188 bzw. rund 16 Prozent und die der Verunglückten um 1 043 bzw. gut 26 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums, als das Unfallgeschehen noch stärker von der Corona-Pandemie geprägt war. 53 Personen verloren ihr Leben, elf mehr als von Januar bis Mai 2021. Die Zahl der Schwerverletzten lag bei 1 047, die der Leichtverletzten bei 5 288.

Schulden von Land und Kommunen sinken 2021 – Landeshauptstadt mit historischem Schuldenabbau

Ende des vergangenen Jahres waren das Land Rheinland-Pfalz und seine Kommunen mit insgesamt rund 40,9 Milliarden Euro verschuldet. Das waren rund 2,9 Milliarden Euro bzw. 6,6 Prozent weniger als Ende 2020. Die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung sank auf knapp 10 000 Euro (-730 Euro). Die Schulden des Landes reduzierten sich deutlich um 7,6 Prozent auf 28,5 Milliarden Euro, die Schulden der Kommunen lagen mit 12,4 Milliarden Euro um 4,2 Prozent unter dem Vorjahreswert.

In den kreisfreien Städten sanken die Schulden um 5,3 Prozent auf 5,7 Milliarden Euro. Je Einwohnerin bzw. Einwohner waren das rechnerisch rund 5 400 Euro (-300 Euro). Für die Landkreisbereiche (Kreis inklusive der zugehörigen Verbands- und Ortsge-

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Mai 2021 und 2022



meinden) reduzierte sich der Schuldenstand um 3,8 Prozent auf knapp sechs Milliarden Euro. Pro Kopf sanken die Schulden um fast 100 Euro auf rund 2 000 Euro.

Zwischen den verschiedenen Regionen sind zum Teil deutliche Unterschiede festzustellen. Bei den kreisfreien Städten reicht die Spanne von Landau in der Pfalz mit rund 1 420 Euro bis zu Pirmasens, für die mit 10 240 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung ermittelt wurde.

Im Vergleich der kreisfreien Städte sanken die Schulden in der Landeshauptstadt Mainz am deutlichsten. Hier ging die Verschuldung um 240 Millionen Euro bzw. 21 Prozent zurück. Das war der deutlichste absolute Schuldenabbau einer rheinland-pfälzischen Kommune innerhalb eines Jahres seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1970.

Im Vergleich der Landkreisbereiche wies der Westerwaldkreis mit rund

380 Euro die niedrigsten Schulden je Einwohnerin bzw. Einwohner auf. Die höchsten Schulden pro Kopf hatte der Landkreisbereich Kusel mit rechnerisch 6 470 Euro. Damit nahm die Spannweite zwischen den Regionen mit der geringsten und der höchsten Verschuldung 2021 weiter zu.

Für die Landkreishaushalte (Kreise ohne zugehörige Verbands- und Ortsgemeinden) lag der Schuldenstand bei insgesamt rund 2,2 Milliarden Euro; dies ist ein Rückgang um 2,4 Prozent. Je Einwohnerin bzw. Einwohner waren das 730 Euro. Wie in den Jahren zuvor wies Mainz-Bingen den niedrigsten Wert auf: Erneut war der Kreishaushalt dieses Landkreises schuldenfrei. Auch bei den Landkreishaushalten nahm der Landkreis Kusel das andere Ende der Skala ein: Die Schulden des Kreishaushalts lagen bei rund 2 920 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Hier nahm die Spannweite zwischen dem Kreishaushalt

mit den geringsten und dem mit den höchsten Schulden ebenfalls zu.

Das Land sowie die kommunalen Gebietskörperschaften können sich grundsätzlich durch Investitionskredite, Liquiditätskredite und Wertpapierkredite verschulden. Auch wenn die Liquiditätskredite grundsätzlich nur zur Überbrückung von vorübergehenden Kassenanspannungen gedacht waren, ist ihr Anteil an der Gesamtverschuldung der Kommunen hoch. Bei den kreisfreien Städten bestand Ende 2021 rund 47 Prozent ihrer Gesamtverschuldung aus kurzfristigen Liquiditätskrediten (2020: ebenfalls 47 Prozent); beim Landkreisbereich betrug der Anteil 35 Prozent (2020: 37 Prozent).

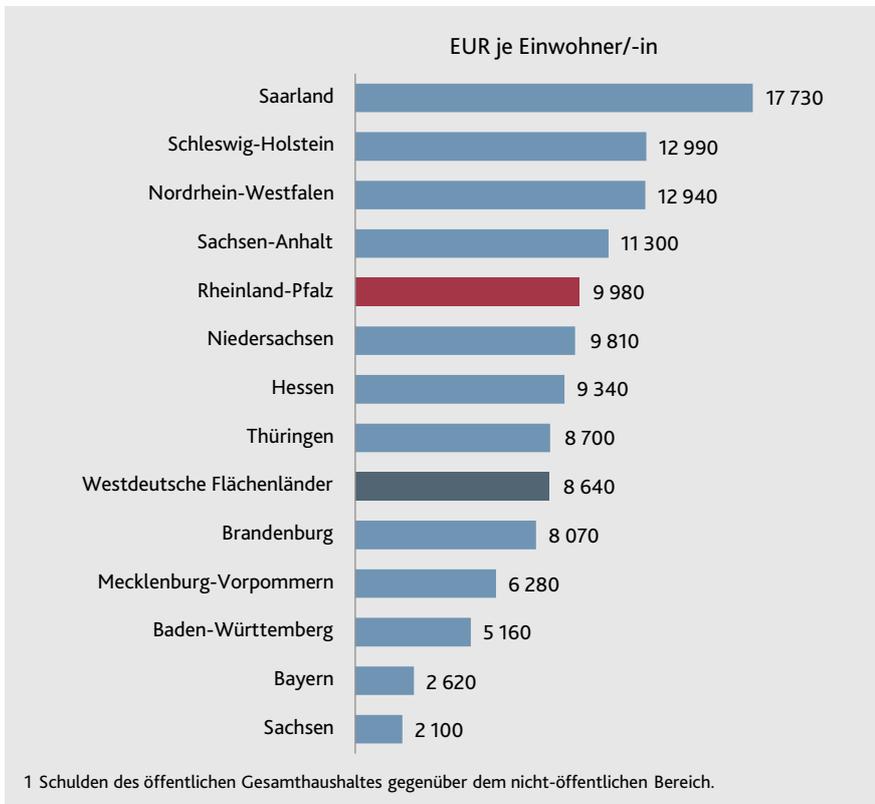
Demgegenüber nutzt das Land kaum Liquiditätskredite. Zum Jahresende 2021 machten diese weniger als ein Prozent der Gesamtverschuldung des Landes aus (2020: fünf Prozent). Das Land greift bei der Verschuldung überwiegend auf das Instrument der Wertpapiersschulden zurück.

Seit dem Jahr 2000 stieg die Pro-Kopf-Verschuldung des Landeshaushalts um 50 Prozent. Bei den Kommunen erhöhte sich der Wert im gleichen Zeitraum um 117 Prozent. Für das Land und die Kommunen zusammen ergab dies einen Schuldenzuwachs von 65 Prozent gegenüber 2000. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum wuchs das Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz um 70 Prozent.

Nach seinem vorläufigen Höchststand im Jahr 2012 konnte das Land



Schulden¹ der Länder und Kommunen 2021



zunächst seine Schulden bis 2019 reduzieren. Die Schulden sanken in diesem Zeitraum um fast zehn Prozent. Nachdem dieser rückläufige Trend im Coronajahr 2020 unterbrochen wurde – die Schulden stiegen um 3,4 Prozent – setzte sich der Schuldenrückgang 2021 fort. Bei den Kommunen ist seit 2015 eine leicht rückläufige bzw. konstante Schuldenentwicklung festzustellen. Nachdem auch im Krisenjahr 2020 die Verschuldung leicht sank, war im Jahr 2021 ein verstärkter Rückgang zu verzeichnen.

Im Vergleich der Bundesländer weist Rheinland-Pfalz 2021 überdurchschnittliche Schuldenstände auf: Die Landesebene liegt 3,6 Prozent, die Kommunalebene rund 57 Prozent über dem Durchschnittswert der Pro-Kopf-Verschuldung der westdeutschen Flächenländer. Damit weisen die rheinland-pfälzischen Kommunen 2021 erneut den höchsten Schuldenstand je Einwohnerin bzw. Einwohner in Deutschland aus. Auch wenn der Schuldenstand in den rheinland-pfälzischen Kommunen seit sechs Jahren

stagniert bzw. leicht rückläufig ist, verzeichnen die Kommunen in den anderen Bundesländern einen deutlich stärkeren Rückgang ihrer Schulden. In einigen Bundesländern übernahm die Landesebene einen Teil der Schulden ihrer Kommunen.

Auch ein Vergleich der Liquiditätskredite verdeutlicht die Lage der rheinland-pfälzischen Kommunen: Sie liegen mit 1 160 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner 171 Prozent über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Kein anderes Flächenland weist im Durchschnitt höhere kommunale Liquiditätskredite auf.

Die Landesebene von Rheinland-Pfalz schneidet im Ländervergleich hingegen vergleichsweise gut ab. Unter den westdeutschen Flächenländern verbuchten lediglich die Landesregierungen in Baden-Württemberg und Bayern noch niedrigere Pro-Kopf-Schulden.

Alle regionalen Schuldendaten für das Jahr 2021 sind für Rheinland-Pfalz ab sofort online im Geoweb-Datenangebot des Statistischen Landesamtes verfügbar. Für alle Kommunalebene finden Sie dort interaktive Karten, tabellarische Auflistungen der Einzelwerte sowie die Möglichkeit zum Download aller Einzelwerte als csv-Datei.